

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Bezugspreis: monatlich 2.30 M., vierteljährlich 6.80 M., durch die Post 4.70 bezw. 14.10 M. Bestellgeld wird beifolgend erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Verleumdung hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistraße 11. Fernruf Nr. 2015 und 2016. — Anzeigenpreis: Die 24 mal breite Zeile 10 Pf., die 12 mal breite Zeile 5 Pf.; außerhalb: 70 Pf. bezw. 1.-M., Ausland 2.- bezw. 3.- M. Rabatt 12. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 444

Mittwoch, 22. September 1920.

74. Jahrgang

Die angebliche Regierungskrise.

Bischof Dr. Heine erklärt die Gerüchte als unbegründet.

Ein Dresdener Journalist hatte eine Unterredung mit dem Bischof Dr. Heine, der ihm zunächst erklärte, daß alle Gerüchte, er habe ein Abschiedsgesuch eingebracht, vollständig unbegründet seien. Auch von seiner Berufung nach Bukarest wisse Dr. Heine nicht das Geringste. Er ist vor sechs Monaten, als er noch gar nicht in der Regierung war, einmal gefragt worden, ob er einen solchen Posten annehmen würde, hat aber seitdem nichts wieder davon gehört.

Zur Frage der Regierungsumbildung

Äußerte sich Dr. Heine folgendermaßen: Ich möchte daran erinnern, daß ich, als ich vom Präsidenten Ebert nach den Neuwahlen mit der Kabinettsbildung betraut wurde, mein unbedingtes Getöse habe, die Sozialdemokraten zum Eintritt in die Regierung zu bewegen. Ich habe es damals für einen Fehler der Sozialdemokraten gehalten, daß sie sich nicht beteiligten. Ob sie jetzt den Wunsch haben und ob er sich verwirklichen lassen wird, weiß ich nicht. Treten die Sozialdemokraten jetzt in die Regierung ein, so müßte eine vollständige Umbildung der Regierung vorzunehmen werden. Das fortwährende Herumwandern an der Regierung hätte er auch für schädlich. Man müsse ihr Zeit lassen, sich in die Dinge einzuarbeiten und ihre Pläne durchzuführen. Daß eine Umbildung der Regierung auch von politischen Folgen begleitet sein würde, ist klar. Die Sozialdemokratie hat zwar in Anbetracht der Zentrum und Demokraten eine kleine Mehrheit im Reichstag, aber sie lehnte beinahe die Regierungsbildung ab. Die Mehrheit wäre auch sehr schwach gewesen und wahrscheinlich bei den Neuwahlen in Dürren, Schlehen und Schilfstein erschüttert worden. Eine Koalition allein aus Zentrum und Demokraten wäre noch schwächer gewesen. Ich weiß sehr wohl, daß teilweise in den Kreisen meiner Parteifreunde die Ansicht besteht, daß es besser gewesen wäre, nicht in die Regierung einzutreten. Aber es gab keine andere Möglichkeit. Die letzte Koalition hat auch keine Mehrheit hinter sich, aber sie hat den Vorteil, daß sie Nahrung nach beiden Seiten hin hat. Die Sozialdemokratie hat sich nicht feindlich gestellt, weil sie durch Ebert Nahrung hat. Andererseits besteht auch Nahrung nach der deutschnationalen Seite hin. Dagegen hätte die alte Koalition scharfe Gegenrichtung gegen sich gehabt. Schließlich muß auch eine Fraktion wie die

Deutsche Volkspartei.

die jetzt über mehr als sechzig Reichstagsmandate verfügt, versuchen, positiv in der Politik mitzuwirken. Sie muß solche positive Mitarbeit einer starken Oppositionsstellung vorziehen, in der sich ihre Kräfte vielleicht auswirken würden. Ich selbst lasse die Lage so auf, daß wir es verhindern müssen, daß das Reich völlig zusammenbricht. Wenn ich in Spa dem Abkommen zustimmt habe, geschah es aus diesem Grunde, dann aber auch, weil uns das Abkommen nicht mehr auferlegt, als es der Friedensvertrag ohnehin tut. Es war kein Zweifel, daß die Franzosen ins Ruhrgebiet eingerückt wären, wenn das Abkommen nicht zustande gekommen wäre. Meines Erachtens mußte dies unbedingt verhindert werden. Die Franzosen hätten dann so viele Kosten wie sie wollten heranzugewirtschaftet. Ob für uns noch etwas übrig geblieben wäre, was mindestens zweifelhaft. Außerdem hätten die Rückwirkungen der Besetzung des Ruhrgebietes sehr verhängnisvoll sein können, namentlich auf Süddeutschland. Da ich mit entschlossenem Willen: Das Ruhrgebiet wird doch noch einmal besetzt. Das Schwert des Damokles hängt über uns. Das ist richtig; aber hätten wir nicht angenommen, so wäre es so gekommen, als ob wir den Faden, an dem das Schwert hing, selbst durchschnitten hätten. Es besteht doch immerhin die Möglichkeit, die Besetzung des Ruhrgebietes zu vermeiden. Besser, sie tritt ein halbes Jahr später ein als jetzt, denn gegenwärtig arbeitet die Welt, die im Kriege gegen uns gearbeitet hat, für uns. Sie mehr sich die Verhältnisse konsolidieren, je mehr Vertrauen zu uns wieder plakatiert, desto schwerer wird es den Franzosen werden, einzurücken. Es hätte keinen Zweck gehabt, das Abkommen abzulehnen. Das Volk zum Kriege aufzufordern, ging nicht an; man hätte nichts erreicht und die Verhältnisse wären zweifellos noch schlechter geworden. Zum Schluß erklärte der Reichsjustizminister, ihm sei von einer Regierungskrise nichts bekannt. Er wäre sicher benachrichtigt worden, wenn sie bestände. Die Rückkehr des Reichspräsidenten nach Berlin sei für diese Zeit ohnedies vorgesehen gewesen.

Dr. Heine wird am Mittwoch oder spätestens Donnerstag nach Berlin zurückkehren.

Zu der Krise im Finanzministerium sagt das Berliner Zentrumblatt, die „Germania“, daß die Blättermeldung, wonach Dr. Wirth sein Entlassungsgesuch zurückgezogen hätte, nicht den Tatsachen entspricht. Es werde ihr aber aus Regierungskreisen bestätigt, daß nach wie vor Hoffnung bestehe, daß ein Einvernehmen erzielt werde. Ein Zurückziehen des Abschiedsgesuchs werde wesentlich davon abhängig sein von dem Verlauf der Verhandlungen, die die Minister Wirth, Brüder und Sieberts heute mit dem Reichspräsidenten haben werden. Der eigentliche Grund für die Einreichung des Abschiedsgesuches sei in der gesamten Finanzlage des Reiches zu suchen. Es werde vor allen Dingen darauf ankommen, für die Gesundung der Finanzen des Reiches ein festes, geordnetes Finanzprogramm aufzustellen.

Deutsches Generalkonsulat in Mailand.

Am 20. Sept. ist in Mailand ein deutsches Generalkonsulat erster Klasse eröffnet worden.

Ein Spartakusprozeß.

Unruhen in Berlin.

Berlin, 21. Sept. Unter außergewöhnlich starkem Aufsehbau der Mannschaften der Sicherheitspolizei begann vor dem außerordentlichen Gericht des Reichswehrgruppenkommandos I der Prozeß gegen die an den Weissenhof in Unruhen Beteiligten. Bei den Unruhen war bekanntlich ein Postwachtmann erschossen worden. Die Anklage richtet sich gegen 24 Personen. Als der Vorsitzende zum Aufruf der Neuen schreiten wollte, wurde plötzlich einer der Angeklagten namens General von einem Wutkrampfanfall befallen. Er wurde von zwei Sicherheitsbeamten und Militärgenossen gebändigt und mußte aus dem Saale getragen werden. Militärarzt Viktor Kränzel stellte deshalb den Antrag, den Angeklagten General als kranken Mann aus der Haft zu entlassen. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen entfiel im Laufe einer immer mehr anschwellenden Unruhe, deren Grund war eine Meldung, daß von kommunistischer Seite in Weiskensee und im Norden Berlins Plakate des Inhalts angeheftet worden seien. Auf noch Roabit, befreit die Brüder aus dem Kerker! Demonstrationen sollen mit roten Fahnen und teilweise mit russischen Aufschriften befehlen sich überdies auf dem Wege nach Roabit. — Die Sicherheitspolizei sperrte den Platz vor dem Gerichtgebäude ab. Die Verteidiger erhoben Einwendungen gegen die Geschwindigkeit des Gerichts, der Anklagevertreter widersprach und stellte den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit. Da in der Verhandlung Dinge gesprochen werden würden, die das Staatswohl gefährden würden. Nach längerer Beratung erklärte sich das Gericht für unhandig. Als der Vorsitzende endlich zur Vernehmung der Angeklagten schritt, stellte der Verteidiger Ablehnungsanträge gegen den Vorsitzenden und drei Richter. Da ein anders zusammengesetztes Gericht über diese Ablehnungsanträge befinden muß, wurde die Weiterverhandlung auf Mittwoch vertagt.

Die beiden kommunistischen Parteien und die Arbeitslosen veranfaßten vormittags eine Kundgebung gegen den Prozeß. Nach den üblichen Rufen mit anschließenden Schreien auf die Internationale zogen starke Massen nach den Gebäuden der „Freiheit“ in der Breiten Straße und des „Vorwärts“ in der Lindenstraße. Zu schweren Ausschreitungen kam es in Lichtenberg im Betriebe der Aktiengesellschaft „Noor-Bremis“. Hier brachen die Demonstranten über die Mauer und nach Sprengung eines eisernen Tores unter Zurückdrängung der Vorwache in die Fabrikräume ein und zwangen unter Drohungen die Arbeiter zur Stilllegung des Betriebes. Die Fabrik mußte geschlossen werden.

Wie verschiedene Blätter berichtet wird, drängen im Anschluß an die Demonstrationen der Kommunisten und der Gewerkschaften im Lufthafen in Berlin gegen nachmittags etwa 250 Arbeiter und Obdachlose in das Hof für Obdachlose ein und hausten dort wie Vandalen, sie zertrümmerten Türen und Fenster und griffen das Personal förmlich an. Derlei arbeitslosen Sicherheitsbeamten gelang es, die Aufständischen zu vertreiben und mehrere festzunehmen. Sie geben als Grund für ihre Gewalttätigkeiten an, daß sie besseres Essen in dem Hof haben wollten.

Neuwahlen in Preußen.

Berlin, 21. Sept. Das neue preussische Wahlsystem trat im Ministerium des Innern fertig vor. Es schließt sich an das Reichswahlsystem an, doch sind die Wahlkreise wesentlich kleiner. Statt auf 60 000 kommt auf 40 000 Wähler ein Abgeordneter. Nach der erfahrungsmäßigen Wahlbeteiligung von 80 Prozent der Wahlberechtigten wird aber die Zahl der letzten Abgeordneten (480) kaum übertroffen werden. Vorgesehen sind 74 Wahlkreise, 19 Verbandswahlkreise und eine Generallandesliste.

Im Reichsrat der Preussischen Landesversammlung wurde heute beschlossen, von einer Verfassungsänderung über den Wahlkreis abzusehen und am kommenden Donnerstag erneut zusammenzutreten. In der Aussprache leisteten sich die beiden Reichsparteien und die Unabhängigen für baldige baldige Neuwahlen ein und schlugen den 25. November als Wahltermin vor, während von anderer Seite der 12. Dezember als baldigst angesetzt wurde. Von sozialdemokratischer Seite wurde anderer Wert darauf gelegt, den Etat, die Dekunationsvorläufe zu den Beamten und Lehrerbesoldungen und das Landesfeuerwesen zu verabschieden, während von der Rechten die Meinung vertreten wurde, daß zwar die Verfassung, das Wahlsystem und die Besoldungsordnung erledigt werden müßten, sonst aber nichts mehr. Jedenfalls wurde der Haushaltsausgleich angewiesen, die Beratung über den Etat ruhig fortzusetzen.

Das bayerische Landesheer.

München, 22. Sept. Der Antrag der Landesleitung des bayerischen Einwohnerwehrens, für das Landesheer einen Ehrenpreis zu stiften, wurde in der gestrigen Stadtratsitzung nach sehr erregten Szenen, an denen sich ein großer Teil der Galerie beteiligte, nachdem die Unabhängigen den Saal verlassen hatten, mit den Stimmen der Bayerischen an den der Sozialdemokraten angenommen.

Kabinettskrise in der Türkei.

konstantinopel, 22. Sept. Zwei Minister des Kabinetts, darunter der Scheich ul Islam, sind zurückgetreten. Der Sturz des ganzen Kabinetts scheint bevorzustehen.

Die Botschaft Deschanel's.

Paris, 21. Sept.

Am 9 Uhr nachmittags fand die feierliche Sitzung der Kammer und des Senats statt, in der das Rücktritts Schreiben des Präsidenten Deschanel verlesen wurde. In der Kammer verlas Präsident Peret die Botschaft.

Die Botschaft des Präsidenten Deschanel lautet: Meine Herren Senatoren! Meine Herren Abgeordneten! Mein Gesundheitszustand erlaubt es mir nicht mehr, die hohen Funktionen auszuüben, die mir Ihr Vertrauen anlässlich der Nationalversammlung am 17. Januar dieses Jahres übertragen hat. Die absolute Notwendigkeit einer völligen Ruhe macht es mir zur Pflicht, mit der Befugnisgabe des Entschlusses, den ich gefaßt habe, nicht mehr länger zu warten. Der Entschluß ist mir äußerst peinlich und mit kleinem Schmerz verzielt ich auf die edle Aufgabe, deren Sie mich würdig befanden. Das Amt des Präsidenten bringt schwere Aufgaben mit sich und verlangt eine tatkräftige Energie, die über jede körperliche Schwäche geht. Während der Jahre, in denen das kriegsreiche Frankreich bernien ist, seine Kräfte im Innern wieder zu stärken und gleichzeitig nach außen die vollständige Ausführung des Friedensvertrages zu sichern, der so siegreich und so teuer errungen wurde, werden mir bis zum Neuesten ausstehen. Die Stunde ist gekommen, da ich mich verabschieden werde gegen das, was ich Ihnen schuldig bin. Daher lege ich mein Amt in Ihre Hände. In dem Moment, da ich mich zurückziehe, möchte ich den Wunsch aussprechen, daß die Vertreter der Nationen deren patriotische Entschlossenheit ein mächtiger Bundesgenosse des Siegers war, im Frieden ihre Güte und Anfechtbarkeit möchten zum Nutzen und der Größe meines angebeteten Frankreichs, dessen Dienst ich mein ganzes Leben gewidmet habe und das mein letzter Gedanke ist. Es wird die Rolle und das Vorrecht meines Nachfolgers sein, in einigen Tagen vor der ganzen Welt das Werk der Republik zu verherrlichen, die, nachdem sie vor 50 Jahren die Ehre ererbt hatte, das Volk wieder unter unsere Fahnen gebracht hat. In der Gemüchlichkeit, die abenteuerliche aber auch die unerbittliche Aufgabe zu erfüllen, reiche ich dem Büro des Senats und demjenigen der Kammer meine Demission als Präsident der Republik ein.

Paris, 22. Sept.

Deschanel verläßt heute Rambouillet und beabsichtigt nach dem Schloß De Lavalette, dem Eigentum seines Schwiegersohnes.

Unsichere Lage in Europa.

Thronrede der Königin von Holland.

Haag, 21. Sept. Die Königin der Niederlande eröffnete heute das Parlament. In der Thronrede erklärte sie u. a.: Mit den fremden Mächten unterstehen wir Beziehungen die im allgemeinen Anlaß zur Zufriedenheit geben. Trotzdem bleibt die Lage in Europa unsicher. Außerdem sind die Aussichten, die durch den Völkerbund und Bezug auf die künftigen Beziehungen der Staaten eröffnet werden, noch nicht verwirklicht. Die Königin sagte, sie richte unter diesen Umständen weiterhin ihre Aufmerksamkeit auf die Maßnahmen zur Verhärkung der Neutralität und die Maßnahmen, die die Erwartungen übertroffen hätten, sei eine Erhöhung der Einnahmen unvermeidlich.

Amsterdam, 22. Sept.

Die Thronrede der Königin findet in der niederländischen Presse artelste Aufnahme. Der „Telegraaf“ schreibt: Hinter den Worten der nichtslagenden Thronrede verbirgt sich die Ohnmacht der niederländischen Regierung, in dieser schwierigen Zeit kommender Anwesenheit und wirtschaftlicher Konflikte, die Holland und andere Völker bedrohen, Widerstand zu leisten. Das Blatt tadelt es ferner, daß in der Thronrede dem Volke gesagt werde, daß der Völkerbund nicht viel weniger als eine Revolution in Leben der Völker bedeute und vorläufig eine Utopie sei. — Die katholische „Tribune“ meint im Gegensatz dazu, die Thronrede richte aus dem Mithros des Völkerbundes den positiven Schluß. Aus den Maßnahmen zur Stärkung der Wehrkraft sei jedoch ein militärischer Zweck nicht zu entnehmen. — Der „Standard“ stimmt der Regierung bei ihrem Mißtrauen gegen den Völkerbund zu und ist über die Maßnahmen zur Stärkung der Wehrkraft erfreut. — Der „Amsterdamer“ schreibt: Es ist noch sehr die Frage, ob die Thronrede von den Maßnahmen zur Stärkung der Wehrkraft anzuwenden haben würde wenn nicht das französische belagerte Militärabkommen bestände, das einen mehr oder weniger drohenden Charakter gegenüber den Niederlanden trägt. — „Nieuws van den Dagh“ schreiben: Je weniger man versichert, umso weniger braucht man zu halten, und unter diesem Gesichtspunkt macht die Thronrede einen befriedigenden Eindruck. — Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ stimmt der Thronrede zu und weist darauf hin, daß die niederländische Regierung für den Völkerbund nie viel Interesse gezeigt habe.

Die Streikfrage in England.

London, 21. Sept. nachm. Der Bergarbeiterführer Smillie teilte in der nationalen Konferenz der Bergarbeiterdelegierten in London mit, der Kongressauschuss sei zu dem Schluß gelangt, daß sich aus den Verhandlungen mit der Regierung nichts ergeben habe, was zu einer Verhinderung des für den 25. September angedachten Streiks berechtige. Obwohl der offizielle Bericht der Delegiertenkonferenz sehr unklar gehalten ist, neigt man zu der Annahme, daß die Kongress der Streikprogramm in Aktioniert hat.

HAWWA

Dreschmaschinen

Gediegene Bauart — Reiner Drusch
Gute Sortierung — Geringer Kraftbedarf
Sofortige Lieferung

HAWWA-AG-HANNOVER-LINDEN



Freitag, den 24. September 1920,
abends 8 Uhr im grossen Saale:

Bunter Abend

Frankfurter Bühnenkünstler.

Mitwirkende:

Betty Laschinger, Richard von Schend,
Hermann Schramm, Gretli u. Willi Godlewski,
Jise Petersen vom Frankfurter Opernhaus,
Robert Gröning vom Neuen Theater in
Frankfurt a. M.

Am Flügel: Erich Heibach.

Künstlerische Leitung: Robert Gröning.

Das Programm enthält:

Keltore Lieder, Humoristische Gesangs-
vorträge u. Kostationen, Komische Duette,
Operetten-Lieder u. Duette, Moderne Gesell-
schaftsskizzen, Fantasia- u. Charaktertänze.

Eintrittspreise: 10, 8, 6, 5, 3 Mark.

Die Damen werden gebeten auf allen
Plätzen ohne Hüte erscheinen zu wollen.

1893] Städtische Kurverwaltung.

Billiger als Frachtgut und schneller als Eilgut!

Regelmäßiger Eilfahrdienst
Wiesbaden, Mainz und zurück.

Waher täglich: Von Mainz 8 Uhr vormittags,
Rheinthalstr. 21.

Von Wiesbaden 8.30 Uhr nachm.,
Ritofaststraße 5.

L. Rettenmayer, Wiesbaden

Ritofaststraße 5. Tel.: 12, 115, 124, 242, 6011.
Mainz, Rheinthalstr. 21. Tel. 880. (1274)

In unfer Handelsregister A wurden heute fol-
gende Firmen eingetragen unter Nummer:

1694: „August Kirchhauer“ in Wiesbaden. In-
haber Kaufm. August Kirchhauer in Wies-
baden.

1695: „Hotel Glod“ in Wiesbaden. Inhaber: Kauf-
mann Josef Glod in Wiesbaden.

1696: „Veidner u. Kempf“ mit dem Sitz in Wies-
baden. Persönlich haftende Gesellschaft sind
die Kaufleute Leonhard Kempf und Karl
Veidner, beide in Wiesbaden. Die offene
Handels-Gesellschaft hat am 1. September
1919 begonnen. Zur Vertretung der Gesell-
schaft ist jeder der Gesellschafter für sich allein
ermächtigt.

1697: „August Oer“ in Wiesbaden. Inhaber: Kauf-
mann August Oer in Wiesbaden.

1698: „Louis Wüder“ in Wiesbaden. Inhaber:
Kaufmann Louis Wüder in Wiesbaden.

1699: „Heinrich Kollmer“ in Wiesbaden. Inhaber:
Reservemilitär Heinrich Kollmer in Wies-
baden.

1700: „Albert Baum“ in Wiesbaden. Inhaber:
Reservemilitär Albert Baum in Wiesbaden.

1701: „Emil Hütel“ in Wiesbaden. Inhaber:
Kaufmann Emil Hütel in Wiesbaden.

1702: „Wilhelm A. Roselberger“ in Wiesbaden.
Inhaber: Kaufmann Wilhelm A. Rosel-
berger in Wiesbaden.

1703: „P. Karlebad u. Co.“ mit dem Sitz in
Wiesbaden. Persönlich haftende Gesellschaf-
ter sind der Kaufmann Ludwig Karlebad
und dessen Ehefrau Maria geborene Wolf
in Wiesbaden. Die offene Handels-Gesellschaft
hat am 1. September 1920 begonnen. Zur
Vertretung der Gesellschaft ist jeder Gesell-
schafter für sich allein berechtigt.

Wiesbaden, den 18. September 1920.

Das Amtsgericht, Abteilung 17. (18.1469)



Umpressen

sämtlicher Winterhüte auf
moderne und elegante Formen.

Probiermodelle
stehen Ihnen bei mir zur Ver-
fügung. — Bestellungen erbitte
möglichst jetzt schon.

HEINRICH FRIED
WIESBADEN, Kirchgasse 50/52

Erstklassige, fachmännische
Ausführung in eigener Fabrik.



Beleuchtungs-Körper

modern, grosse Auswahl, billigste Preise
Flack, Luisenstr. 25
gegenüb. Reel-Gymnasium. Telefon 747.



Für Reise, Haushalt und Krankenernährung:

Nestle's Milch - Kakao
Milch - Mokka

stets fertig zum Gebrauch. (1600)

Nebenverdienst

b. 1000 M monatlich, leicht zu haben, ohne Vorkenntnisse,
Dauernde Existenz, Näh. auf briefliche Anfrage durch:
S. Wehrst & Co., G. m. b. H.,
Berlin - Lichterfelde, Postfach 206.

Ich zahle **Zahn bis 6 Mk.**
per

für Holzbrennstifte bis 75 Mk.
für Thermokauter bis 150 Mk.

Ferner bitte nicht früher verkaufen:

Brillanten,
Gold- und Silbersachen,
bevor Sie mein Angebot gehört haben.

Grosshut, 27 Wagemannstr. 27
1. Stock. Kein Laden. 1. Stock.

Der Ankauf findet nur im 1. Stock
statt, bitte nicht verwechseln.

Anfertigung von

Damen- } **Wäsche**
Herren- }
Kinder- }

nach Mass. :: **Schürzen**

Margarete Baßler, Hallgarterstr. 4
Erdgeschoss.

Baby-

Ausstattungen

in jeder Preislage
empfiehlt

Leinenhaus

Gg. Hofmann

Langgasse 37. (976)

Rohrstühle

werd. mit echtem Rohr
billig verkauft
Christian Schuhmacher,
Dobheimer Str. 118. 3.
Karte genügt. (2218)

Schwarze Kleider
Schwarze Blusen
Schwarze Röcke
Trauer-Hüte
Trauer-Schleier
Trauer-Stoffe

von der einfachsten bis zur
eleganteren Ausführung.

Blumenthal.

Vortreffliche
fast neue
PIANOS
(Balduv. andere)
direkt ab Fabrik, wo
dieselben neu herge-
richtet worden sind,
vorteilhaft abzugeben.
HARMONIUMS!
Balduv-Pianoforte-Fabrik
Frankfurt a. M. West.
Nur 59 Leipzigerstr. 52
Tel. 3178
Reparaturen u. Stimmen
Kleinloger gratis Miete-Kauf

Klubsessel

in echtem Leder.
Vorteilhafter Bezug direkt ab:
Fabrik feiner Sitzmöbel
Berg & Co., Bismarckstr. 18.

Bekanntmachung.

Der Herr Reichskommissar für die besetzten
rheinischen Gebiete hat mir unter dem 27. August
d. J. mitgeteilt, daß die Interfaktierte Rheinland-
kommission gegen die Anwartschaft der nach-
stehend genannten Verordnungen keine Einwen-
dungen erhebe.

1. Verordnung betreffend Kraftfahrernormen vom
24. Januar 1919 (R.-G.-Bl. S. 97).
2. Verordnung über die Neuausstellung von Zu-
lassungsbescheinigungen für Kraftfahrzeuge vom
21. Februar 1919 (R.-G.-Bl. S. 243).
3. Verordnung über die Abänderung der Verord-
nung über die Neuausstellung von Zulassungs-
bescheinigungen für Kraftfahrzeuge vom 21. Fe-
bruar 1919 (R.-G.-Bl. S. 243), vom 31. März
1919 (R.-G.-Bl. S. 372).

4. Bekanntmachung betr. die Erhöhung der Ge-
bühren für die Prüfung von Kraftfahrzeugen
und von Kraftfahrzeugführern vom 5. Juli 1919
(R.-G.-Bl. S. 635).

5. Verordnung über die Zulassung von Kraftfahr-
zeugen zum öffentlichen Verkehr vom 4. August
1919 (R.-G.-Bl. S. 1265).

Nach § 5 der Verordnung vom 21. Februar 1919
ist für die zu erteilenden Zulassungsbescheinigungen
für Kraftfahrzeuge hellgrünes Papier zu ver-
wenden.

In dem besetzten Teile des Regierungsbezirks
Wiesbaden sind bisher aufhabe der grünen Zu-
lassungsbescheinigungen Zwischenzulassungsbeschei-
nigungen auf weissen Papier von dem Polizei-
präsidenten in Wiesbaden und den Landräten des
besetzten Teiles des Regierungsbezirks Wiesbaden
auf Grund meiner Rundverfügung vom 3. April
1919 — Nr. 1. 18. G. 1001 — ausgestellt worden.

Diese Zwischenzulassungsbescheinigungen ver-
lieren mit dem 1. November d. J. ihre Gültigkeit.
Kraftfahrzeuge, die nach dem 1. November d. J.
auf öffentlichen Wegen und Plätzen verkehren,
ohne daß der Eigentümer des Kraftfahrzeuges sich
im Besitz der grünen Zulassungsbescheinigung be-
findet, können für verfallen erklärt werden, gleich-
gültig, ob sie dem der Verwaltungs-Jurisdiktion
besitzenden gehören oder nicht. Die grünen Zulassungs-
bescheinigungen werden jetzt in meinem Auto-
bureau ausgestellt und werden vom 1. Oktober
d. J. ab gegen Rückgabe der Zwischenzulassungs-
bescheinigung durch die Ortspolizeibehörde ausbe-
händigt.

Kraftfahrzeugbesitzer, die inzwischen ihren
Besitz verlor haben, und bis 15. Oktober d. J.
noch nicht im Besitze der grünen Zulassungsbe-
scheinigung sind, haben diese bei mir unter Vor-
legung der Zwischenzulassungsbescheinigung anzu-
fordern.

Meine Rundverfügung vom 3. April 1919 —
Nr. 1. 18. G. 1001 — betr. Ausstellung von
Zwischenzulassungsbescheinigungen tritt mit der
Veröffentlichung vorstehender Bekanntmachung
außer Kraft.

Dieses sind von dem Polizeipräsidenten in
Wiesbaden und den Landräten des besetzten Teiles
des Regierungsbezirks Wiesbaden keine Zwischen-
zulassungsbescheinigungen mehr auszustellen.

Die Anträge auf Zulassung von Kraftfahr-
zeugen sind mir durch die Ortspolizeibehörden im
Inlandsweg vorzulegen.

Die Polizeipräsidenten und Landräte des Be-
zirks haben die Anträge auf ihre Vollständigkeit
und Richtigkeit des Bedarfsnachweis gemäß des
Erlasses des Herrn Ministers der öffentlichen Ar-
beiten vom 24. Januar 1919 — S. 12. 2. G. 19.
b. d. H. 21 320, Nr. d. J. — zu prüfen und dazu
Stellung zu nehmen.

Wiesbaden, den 3. September 1920.

Der Regierungspräsident. (42)

In unfer Handelsregister Abt. A ist bei Nr. 11
des Registers am 18. September 1920 bei der
Firma A. F. Köhler Nachf. E. Daubach, Gadamar
folgendes eingetragen worden: Dem Willi Daubach
in Gadamar ist Prokura erteilt.

Gadamar, den 17. September 1920.

Amtsgericht. (244)

Stoss Nachf.

Inh.: Max Helfferich
Taunusstr. 2

Telefon 227 und 6327.

KRANKEN-FAHRSTÜHLE

für Strasse und Zimmer.
Verkauf und Miete.

Bedienung kann gestellt werden. :-: Telefon 227 und 6527.